Nummer 497

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 12 Mark, monatlich 4 Mark, für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag, Kreuzbandsendungen 36 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin W 8, Kronenstraße 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 5 gespaltene Zeile 2,00 Mk. Reklamezeile 6 Mk.

Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kurszettel, Sinsheimer-Kalender, Deutsche Lebensversi.-Gesellschaften, Illigem. Verlosungslisten mit Resumen, Ziehungslisten der Preuß. 5. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint i. d. Woche dreizehnmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone« | Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352 | Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 15 Pf.

Freitag, 31. Oktober 1919

Der neue Etat.

Berlin, 30. Oktober.

Die Reichshaushaltsrechnung für 1918 weist folgende Zahlen auf:

Der ordentliche Haushalt balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 9 012 914 000 Mark, während der außerordentliche mit einer Einnahme von 67 468 382 000 Mark, dagegen mit einer Ausgabe von 69 967 136 000 Mark, also mit einer Mehrausgabe von 2 529 Mill. Mark abschließt. Der ordentliche Haushalt hätte mit einem Fehlbetrag von 419 Millionen abgeschlossen, wenn nicht Deckung aus der außerordentlichen Kriegsabgabe von 1916 möglich gewesen wäre. Diese hat 659,8 Millionen ergeben.

Die Einnahmen an Zöllen, Steuern und Abgaben einschließlich der mit 2875 Millionen angesetzten neuen Kriegssteuern, aber ausschließlich der erwähnten 659,8 Millionen haben einen Ausfall von 678 Millionen ergeben. Die Kriegsabgabe 1918 ist mit dem vollen veranschlagten Betrag von 1800 Millionen angesetzt, auf welche bar 1617 Millionen eingegangen waren. Der Restbetrag ist im laufenden Jahre nicht nur eingegangen, sondern durch eine Isteinnahme bis Ende August von 698 Millionen erheblich überholt.

Auf die mit dem Gesamtbetrage von 2875 Millionen angesetzten neuen Kriegssteuern sind 2309 Millionen eingegangen, also 566 Millionen weniger. Bei der allgemeinen Finanzverwaltung sind an Mehrerträgnissen als Anteil am Reingewinn der Reichsbank 374 Millionen, als Überschuß der Darlehnskassen 495 Millionen zu verzeichnen, sodaß unter Berücksichtigung der Kriegsabgabe von 1916 die Einnahmen an Steuern, Abgaben usw. insgesamt ein Mehr von 791 Millionen erbrachten. Die früheren Überschußverwaltungen haben schlecht abgeschnitten; sie ergaben statt eines vorgesehenen Überschusses von 81,9 Millionen eine Zuschußleistung des Reiches von 561 Millionen.

Bei den Ausgaben ergab sich im ordentlichen Haushalt eine Mehrausgabe von 1315 Millionen gegen den Voranschlag. Die Ausgaben aus Pensionen und Versorgungsgebührnissen aus Anlaß des Krieges werden bisher aus dem Kriegsfonds bestritten. Die Verzinsung verursachte eine Mehrausgabe von 608 Millionen Mark, für die Reichsanleihe 1728 Millionen weniger, für die kurzfristigen Schulden 2336 Millionen mehr als vorgesehen.

Der außerordentliche Etat schließt in Einnahme mit einem Mehr von 160,3 Millionen, in der Ausgabe mit einem Mehr von 2689,1 Millionen. Im ganzen sind an Ausgaben geleistet worden 36 884 Millionen, während noch 33 112 Millionen in Rest stehen. Dieser Gesamtausgabe stehen aus dem Erlös von Anleihen und Reichskrediten 67 468 Millionen gegenüber. Die Mehrausgabe beträgt also 2529 Millionen. Sie stellt den Betrag der an Zahlungsstatt in Anrechnung genommenen Schuldverschreibungen dar, für dessen Deckung durch die Anleiheermächtigung vom 15. April 1919 gesorgt werden soll.

Im Gesamthaushalt für 1919 schließt der ordentliche Etat in Einnahme und Ausgabe mit 15 310 Millionen Mark ab. Bei der Einnahme sind aus Zöllen und Steuern 13 202 Millionen veranschlagt, wovon 9 Milliarden aus neuen Steuern erwartet werden. Die fortlaufenden Ausgaben sind mit 13 348 Millionen veranschlagt. Die Ausgaben für die Verzinsung der Reichsschuld sind mit 8817 Millionen angesetzt.

Der außerordentliche Haushalt schließt in Einnahme und Ausgabe mit 41 844 Millionen Mark ab. Hervorzuheben sind Kosten aus Anlaß des Krieges und der Demobilmachung 13 000 Millionen, Leistungen aus dem Friedensvertrag 17 600 Millionen, zur Beseitigung der Angelegenheiten des alten Reichsheeres und der alten Marine 3600 Millionen, Beihilfe für heimkehrende Kriegs- und Zivilgefangene 151 Millionen, Rückerstattung von Familienunterstützungen 202 Millionen.

Beim Reichswirtschaftsministerium ist der größte Posten die Ausgabe für die Verbilligung von Lebensmitteln mit 3500 Millionen. Auf die beim außerordentlichen Haushalt insgesamt angeforderten 41 140 Millionen Mark sind durch besondere Gesetze Kreditbewilligungen bereits in Höhe von 32 445 Millionen Mark erteilt, sodaß noch 8861 Millionen zu erteilen sind.

Der Gesamthaushalt 1919 schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 57 470 Millionen Mark, gegen das Rechnungsjahr 1918 weniger 21½ Milliarden Mark.

Der Etat vom Reichsrat angenommen.

Der Reichsrat beschäftigte sich gestern mit dem Entwurf betreffend Feststellung des Reichshaushaltsplans für 1919. Den Erhöhungen im Etat von 603 Millionen Mark stimmte der Reichsrat nur teilweise zu, ebenso den Summen für das Reichsschatzamt. Trotz mancher Bedenken gab der Ausschuß schließlich doch seine Zustimmung zu den Beschlüssen der Nationalversammlung. Der Vorsitzende, Reichsminister Dr. David drückte seine Freude darüber aus und betonte, daß der Wille zur Sparsamkeit der Reichsregierung vorhanden sei. Er erklärte weiter, daß es am besten sei, wenn der Reichsrat zwischen der zweiten und dritten Lesung mit dem Etat nicht befaßt würde. Hierauf wurde der Etat angenommen.

Für die freiwerdende Stelle des Reichsgerichtspräsidenten wurde der Unterstaatssekretär des Reichsjustizamts Heinrich Delbrück vorgeschlagen. Der Reichsrat erklärte sich mit diesem Vorschlag des Ausschusses einverstanden.

Deutschland gegen die Blockade Sowjetrußlands.

Nichteinmischung in innerrussische Angelegenheiten.

Berlin, 29. Oktober.

Die deutsche Regierung hat in Paris folgende Antwortnote überreichen lassen:

Auf die dortige Note Nr. 1849 G vom 25. Oktober beehrt sich die deutsche Regierung Nachstehendes zu erwidern:

Die deutsche Regierung hat ständig durch Wort und Tat bewiesen, daß sie sich der schweren Gefahren voll bewußt ist, die eine Ausbreitung des Bolschewismus für Kultur und Wirtschaftsleben aller Völker bedeutet. Die deutsche Regierung hat selbst im eigenen Lande nicht unerhebliche kommunistische Bewegungen erlebt und mit Erfolg bekämpft. Sie war deshalb in der Lage, über die Ursachen und die Ausbreitung bolschewistischer Strömungen eigene Erfahrung zu sammeln, auf Grund deren sie es für ihre Pflicht hält, darauf hinzuweisen, daß ihr die von den alliierten und assoziierten Regierungen vorgeschlagenen Maßnahmen gegen das bolschewistische Rußland den gewollten Zwecken nicht zu entsprechen scheinen.

Das deutsche Volk hat in den letzten Jahren die Wirkungen der Hungerblockade in ihrer ganzen Furchtbarkeit gespürt, es weiß, daß unter ihr in erster Linie Kinder und Greise, Frauen und Kranke, also an der Kriegsführung Unbeteiligte, in grausamster Weise gelitten haben. Es weiß auch, daß die Blockade auf die Geistesverfassung der Bevölkerung in zerfetzendem Sinne gewirkt und die anarchistischen Bewegungen nur gefördert hat, statt sie zu hemmen. Es steht zu befürchten, daß sich diese Erfahrungen in Rußland wiederholen würden. Zwangsmaßnahmen von außen gelten in Rußland immer als Werkzeuge der Reaktion, die von den demokratischen Elementen des Landes bekanntlich noch mehr gefürchtet wird als der Bolschewismus. So werden gerade die demokratischen Kräfte, das stärkste Element im Kampfe gegen den Bolschewismus, von ihrem Ziele abgelenkt und gelähmt.

Die antibolschewistische Strömung, die sich tiefer in die Arbeiterkreise hinein erstreckt, als es nach außen hin den Anschein hat, wird nicht durch wirtschaftliche Absperrung, sondern vielmehr dadurch gestärkt, daß sich der darniederliegenden russischen Volkswirtschaft die Aussicht auf baldige Hilfe eröffnet. Nur von der Wiederherstellung des für den ruhigen Wiederaufbau Europas so notwendigen Kontakts mit den anderen Völkern läßt sich eine Angleichung des politischen Lebens in Rußland an die europäischen Demokratien erhoffen. Hierzu kommt, daß sowohl nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen wie auch insbesondere nach der Satzung des künftigen Völkerbundes im vorliegenden Falle die Voraussetzungen für die Verhängung einer wirtschaftlichen Blockade nicht gegeben sein dürften.

Aus allen diesen Gründen hält die deutsche Regierung nach wie vor die von ihr vertretene Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands nicht nur für grundsätzlich berechtigt, sondern auch für tatsächlich zweckentsprechend. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß die Beteiligung Deutschlands an dem von den Alliierten und assoziierten Regierungen geplanten Vorgehen nach Lage der Verhältnisse kaum von politischer und wirtschaftlicher Bedeutung sein würde, da Rußland zur See von den alliierten und assoziierten Regierungen blockiert ist und zu Lande eine gemeinsame deutsch-russische Grenze nach Inkrafttreten des Friedens nicht mehr bestehen wird.

Die deutsche Regierung ist bereit, sich an einer Aussprache über die in Betracht kommenden Fragen, deren weltpolitische Bedeutung sie gebührend wertet, zu beteiligen. Sie wird sich allen ihr irgendwie zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen, die das gemeinsame Ziel des Schutzes gegen den Bolschewismus erreichen helfen, gern anschließen.

Die deutsche Regierung kann jedoch nicht umhin, in erster Form darauf aufmerksam zu machen, daß ein Zusammenwirken der Mächte nur dann ersprießlich sein könnte, wenn neben der Erkenntnis des gemeinsamen Interesses auch die Achtung und loyale Anerkennung der gegenseitigen Rechte gesichert ist. Daß diese Voraussetzung vorliegt, kann aber so lange kaum angenommen werden, als die alliierten und assoziierten Regierungen es für angängig erachten, in demselben Augenblick, in dem sie Deutschland zur Teilnahme an einer Blockade auffordern, über deutsche Küsten und deutsche Schiffe selbst Blockademaßregeln zu verhängen.

Einberufung des russischen Räte-Kongresses.

Wie die „Dena" zuverlässig erfährt, hat die Sowjet-Regierung in Anbetracht der gefährdeten Lage der russischen Arbeiter- und Bauernrepublik den 7. Kongreß aller russischen Sowjets auf den 2. Dezember nach Moskau einberufen.

Die deutsche Sparprämienanleihe.

Der Ausschuß zur Förderung der deutschen Sparprämienanleihe, der sich am Montag, 27. Oktober, nach einer Ansprache des Reichsministers Erzberger gebildet hat, veröffentlicht folgenden

Aufruf:

In den nächsten Wochen wird die Deutsche Sparprämienanleihe zur Zeichnung aufgelegt.

Diese Anleihe bietet dem deutschen Sparer ganz neue Möglichkeiten der Kapitalsanlage. Sie gewährt dem Zeichner die Aussicht auf große Losgewinne, ohne jede Gefährdung des Einsatzes.

Die Sparprämienanleihe schont und begünstigt die Kriegsanleihen und erleichtert zugleich der jetzigen Generation die Last der Reichsschuld.

Das gute Gelingen dieser ersten deutschen Friedensanleihe wird das Vertrauen in die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens im Inlande und im Auslande befestigen und die notwendige Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen fördern.

An das gesamte deutsche Volk in Stadt und Land richten wir daher die Aufforderung, durch Wort und Tat für dieses Ziel zu wirken.

Die neue Anleihe bedeutet einen wichtigen Schritt zum Wiederaufbau unserer gesamten Volkswirtschaft.

Wer zeichnet, der gewinnt und spart!

Den Vorsitz des Ausschusses hat in dankenswerter Weise der Präsident der Berliner Handelskammer Franz v. Mendelssohn, übernommen. Stellvertretende Vorsitzende sind Universitätsprofessor Dr. Felix Bernstein-Göttingen und Regierungsrat Dr. Schippel-Berlin.

Über die endgültige Zusammensetzung des Gesamtausschusses werden demnächst nähere Mitteilungen erfolgen.

Auflösung der Schutztruppen.

Berlin, 30. Oktober.

Der Reichskolonialminister hat soeben folgende Verfügung erlassen: Die Schutztruppen für Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Südwestafrika sowie die Landesverteidigungstruppen werden aufgelöst. Über die Auflösung der Schutztruppe für Kamerun folgt weiterer Befehl.

Die Abwicklung der Schutz- und Landesverteidigungstruppen wird dem Kommando der Schutztruppen übertragen, das nunmehr die Bezeichnung führt „Abwicklungsamt des früheren Kommandos der Schutztruppen im Reichskolonialministerium.

Scharfe Maßnahmen gegen die Baltikum-Truppen.

Berlin, 30. Oktober.

Die Reichsregierung hat in der heutigen Kabinettssitzung mit Rücksicht darauf, daß die Abtransporte aus dem Baltikum bisher ungenügend sind und das Verhalten zahlreicher Truppenteile zu den schärfsten Maßnahmen zwingt, den Beschluß gefaßt, daß sämtliche Truppen, die nicht bis zum 17. November die deutsche Grenze passiert haben, als fahnenflüchtig erklärt werden. Sie verlieren die deutsche Staatsangehörigkeit und damit auch selbstverständlich alle Versorgungsansprüche.

*

Berlin, 30. Oktober.

Unter den für die Abtransporte nach dem Baltikum geschickten Eisenbahnzügen befindet sich auch ein Lazarettzug, der insbesondere die in Schaulen befindlichen Ruhrkranken heimbefördern soll.

Nicht erfüllte Waffenstillstandsbedingungen.

Versailles, 30. Oktober.

Die Morgenblätter zählen offenbar auf eine offiziöse Weisung hin die Punkte des Waffenstillstandes auf, die Deutschland angeblich nicht erfüllt haben soll. Deutschland soll nicht alles rollendes Material herausgegeben haben. Es soll laut „Journal" vierzehn Petroleumtransportschiffe vom Hafen von Antwerpen aus nicht geliefert und Handelsschiffe an neutrale Mächte verkauft haben. Außerdem habe es sich geweigert, das Verzeichnis der aus Frankreich und Belgien weggeschafften Werte zu übermitteln. Der schwerste Vorwurf aber, den man ihm zu machen habe, sei die Vernichtung der deutschen Flotte in Scapa Flow und die Besetzung der baltischen Provinzen. Nach einer Reutermeldung sollen die beiden letztgenannten Punkte gesondert behandelt werden. „Journal" meint, man müsse sich jetzt fragen, ob man mit dem Inkraftsetzen des Friedensvertrags von Versailles warten wolle, bis General Niessel und seine Kollegen die vollständige Räumung des Baltikums von deutschen Truppen festgestellt hätten. Das würde den Tag des Inkrafttretens über den 11. November hinaus verschieben, den Harmsworth im englischen Unterhaus als den wahrscheinlichen Tag der Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland bezeichnet habe. „Journal" hält es für sehr wahrscheinlich, daß dieses Datum überschritten werden wird.

Führer des Volks?

Von

Paul Steinborn.

Bevor sich gestern die Nationalversammlung mit dem Endtrumpf der Ablehnung des Etats durch die Rechtsparteien bis zum 20. November vertagte, haben ihre Verhandlungen mit Ausnahme von zwei bis drei Sitzungen Wochen hindurch vor völlig leeren Bänken stattgefunden. Andererseits wurden aber wiederum vor dem leeren Hause oft die wichtigsten Fragen der Nation erörtert. Es erstand also erneut der alte unerfreuliche Gegensatz, dessen Lösung man so häufig auch früher schon gefordert hat, nur daß er heute infolge der besonderen Verhältnisse um ein vielfaches schärfer auf den Beobachter wirkt.

Es ist merkwürdig, wie stark gerade das parlamentarische Milieu alle diejenigen in seinen Bann zu zwingen vermag, die dauernd in ihm leben. Sie werden, auch wenn sie als kühne Reformatoren eingezogen, leicht und schnell zu dem festen Glauben gebracht und in ihm erhalten, daß alles so, wie es ist, unladelig und richtig sei. Wir haben erlebt, wie 22 Throne stürzten. Wir sahen, wie „Deutschlands ärmster Sohn" aus dem „treuesten", den Herr v. Bethmann im Reichstag feierte, sich zum machtbewußtesten Glied der deutschen Volksfamilie „emporentwickelte", und uns hat auch sonst vor mancher „Errungenschaft" der neuen Aera nicht gerade selten daß Bewunderung angewandelt. Aber die erstaunlichste Entdeckung ist doch die, daß gerade in der Gegend ganz die alte Luft weht, wo eine neue, frische Atmosphäre am ehesten zu erwarten gewesen wäre: im Hause der deutschen Volksvertretung. Hier hat die Tradition, der „Gewohnheit holde Fessel" einen bereinzelten vollkommenen Sieg über alle Neuerungssucht davongetragen, und wie stark der „Bann des Milieus" ist, wird einem besonders deutlich, wenn man von diesen Dingen mit Parlamentariern spricht. Selbst die unter ihnen, die sonst wirklich nicht konservativer Tendenzen verdächtig sind, lassen sich höchstens zu der resignierten Erwiderung auf: Ich habe es doch immer gesagt, daß hier alles beim alten bleiben wird.

Und doch kann es so wie bisher nicht weitergehen, und doch haben alle Parteien ein dringendes Interesse an einem neuen Parlamentarismus, denn sie tragen alle gleiche Schuld, daß „alles blieb wie einst". Es lebt auch in ihnen gleichmäßig das dumfe Gefühl der Unzulänglichkeit des gegenwärtigen Zustandes. Ein Grund dafür, daß es nicht besser und anders wurde, heißt wohl auch: Rücksichten.

Wie die Dinge heute im allgemeinen in den Fraktionen stehen, erhellt aus einer kleinen Episode, die sich kürzlich im Reichstagsgebäude abspielte. Zum besseren Verständnis sei vorher an diese Proteste und Beschwerden erinnert, die darüber laut geworden sind, daß die Nationalversammlung dem alten Reichstag wie ein Ei dem andern ähnele, und daß die bisherigen Parteigrößen bis auf wenige wieder hineingekommen seien.

In der Wandelhalle, am Denkmal Wilhelms I., treffen zwei Mitglieder des Hauses zusammen.

„Ist die Fraktionssitzung aus?"

„Gott sei Dank! — Endlich!"

„Na — und?"

Ein Hochziehen der Schultern. Aergerliches Lachen. Und dann halblaut und gereizt:

„Wissen Sie kein Mittel, um uns von den alten Stuhlreihen in unserer Fraktion zu befreien?" Es fiel übrigens ein anderer aus der agrarischen Tätigkeit des Betreffenden entnommener Ausdruck.

Diese „Stimme aus dem Hintergrund" ist für das hier zur Erörterung gestellte Thema von Wert, auch wenn im Interesse der historischen Wahrheit festgestellt werden muß, daß Sprecher wie Partner zu den jüngeren und neuen Mitgliedern einer der nicht zur Regierungsmehrheit zählenden Parteien gehörten. Im übrigen kommt es weniger auf Personen und Fraktionen sondern mehr auf Tatsachen an. Und Tatsache ist, daß man in allen Parteien gleichmäßig über Stagnation und „Fortwursteln" klagt, und daß das bei den Oppositionsparteien rechts und links weniger ins Gewicht fällt als bei den Mehrheitsparteien.

Diese Klagen werden dem Beobachter sehr häufig besonders deutlich und fühlbar, wenn er etwa Gelegenheit hat, das innere Leben der Parteien näher zu verfolgen. Da spielt sich nicht gerade selten um u. a. folgende bezeichnende Szene ab: Es werden bei irgend einer Gelegenheit Fragen der nächsten Politik erörtert. Die Entwickelung ist bei allen Parteien genau die gleiche, indem sich aus dem Widerspruch der Einzelmeinungen eine Gesamtmeinung herauskristallisiert, die nach längerer Debatte in einer Entschließung feste Gestalt erhält. Aber inmitten des Hin und Her erhebt sich dann wohl ein Redner, der die Sache ganz anders auffaßt. Aus ihm spricht das Bestreben, auf neuen und nicht den ausgetretenen Wegen zum Ziele zu gelangen. Er hat in seinem Wirkungskreise die Dinge ganz anders sehen gelernt. Er ist vielleicht auch jung und Sanguiniker. Aber was er sagt, steht auf festem Grunde, und er spricht für tausend andere, die genau so denken wie er, und deren Interessen er im gewöhnlichen Leben etwa als Generalsekretär und Delegierter vertritt. Jedenfalls trägt er eine feste Ueberzeugung vor, und sie hat, wenn nicht auf Berücksichtigung, so doch mindestens auf irgend ein Echo Anspruch erheben. Was aber geschieht? Der Vorsitzende blickt von seinen Papieren auf und ruft in stereotypem Tonfalle: „Wir gehen zum nächsten Punkt der Tagesordnung über. Das Wort hat . . .", und der neue Redner erhebt sich. An die Versammlung ist kein Hauch davon gekommen, daß sich soeben das Tor in Neuland öffnen wollte. Es fällt ins Schloß.

Vielleicht, daß jener Parlamentarier am Kaiserdenkmal in der Reichstagswandelhalle in der betreffenden Fraktionssitzung gerade ähnliches erlebt hatte? Nur, daß er unrecht hatte, die „Günstenheiligen" für etwas verantwortlich zu machen, woran sie tatsächlich nicht die Schuld tragen. Auch ist doch nicht zu bestreiten, daß die Fraktionen am 12. Januar

Theater, Konzerte usw.

Spielplan für Freitag, den 31. Oktober.

Schauspielhaus. 286. Abonnement-Vorstellung: 7 Uhr: Coriolan.

Direkt.: Max Reinhardt. **Deutsches Theater.** 7 Uhr: Der Kaufmann von Venedig.

Kammerspiele. 7½ Uhr: Gespenstersonate.

Dir.: Victor Barnowsky. **Lessing-Theater.** 7 Uhr: Peer Gynt.

Deutsches Künstler-Th. 7½ Uhr: Cyrielme.

Dir. Meinhard-Bernauer **Theater i. d. Königgr. Str.** ½8 Uhr: Schloß Wetterstein.

Komödienhaus. ½8 Uhr: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater. 7½ Uhr: Bummelstudenten.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 7½ Uhr: Der Schwarzkünstler.

Residenz-Theater. 7½ Uhr: Das höhere Leben.

Trianon-Theater. 7 Uhr: Maskerade.

Central-Theater. Kommandantenstr. 57. 7½ Uhr: Die Faschingsfee.

Deutsches Opernhaus. 7 Uhr: La Traviata.

Theater „Die Tribüne". 7½ Uhr: „Die Wandlung".

Eden-Theater. Alte Jakobstr. 30. 7½ Uhr: „U. A. w. g." Stg. 3 Uhr: Prinzessin vom Nil.

Friedr.-Wilhelmstädt. Th. 7½ Uhr: Gretchen.

Kleines Theater. 7½ Uhr: Helden.

Kleines Schauspielhaus. 7½ u.: Er kann nicht beichten.

Komische Oper. 7½ Uhr: Liebeszauber.

Lustspielhaus. 7½ Uhr: Zum 1. Male: Der Großstadt-Kavalier.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Sybill. Stg. 3 Uhr: Charleys Tante mit Thielscher.

Neues Operettenhaus. 7½ Uhr: Die Dame vom Circus.

Schiller-Theater Charl. 7½ Uhr: Der Meineidbauer.

Thalia-Theater. 7½ u.: Jungfer Sonnenschein.

Theater a. Nollendorfpl. 7½ Uhr: Der Weltgeiste.

Theater des Westens. 7½ Uhr: Die Frau im Hermelin. Sonn. 3½: Max und Moritz. Stg. 3½ Uhr: Die lustige Witwe.

Theater d. Friedrichstadt 7½ Uhr: Dr. Stieglitz mit Rud. Schildkraut.

Wallner-Theater. 7 Uhr 15: Eine Ballnacht. Stg. 3½ Uhr: Die Heilige mit Mia Werber.